

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir hatten auch kurz einen sehr wichtigen Landesrat für die Stadt Graz zu Besuch, aber ist gleich wieder gegangen, als die Finanzfrage da war, der Herr Finanzlandesrat war kurz da. Ich wollte ihn gerade begrüßen, ist er schon wieder weg, ich nehme an, er hat im Haus Wichtiges zu beraten und vielleicht auch einen Geldkoffer mit, das wäre natürlich schön.

Wir kommen jetzt, und das sage ich gleich an alle, die heute noch viel vorhätten am Abend, wir haben insgesamt 50 Initiativen, die vor uns liegen, das heißt, 15 Anfragen, 24 Anträge und 11 dringliche Anträge.

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister**

### **1) Klärung des Abstimmungsverhaltens bei Informationsberichten**

GR. Mag. **Titz** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Titz**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Entschuldigung, darf ich noch einmal kurz unterbrechen, wir hatten letztes Mal die Vereinbarung auch auf Grund der hohen Anzahl, dass wir uns darauf beschränken, nur die Antragstexte zu verlesen und ich würde ersuchen, dass ich mit Kopfnicken die Zustimmung bekomme, dass wir das heute auch so handhaben. Bei den Anträgen, Antragstext, man kann natürlich auch bei den Anträgen, so wie die Frau Stadträtin meint, rhetorisch zusammenfassend sein, aber das bleibt natürlich jedem selbst überlassen.

Mag. **Titz**: Meine Anfrage ist ganz kurz, sie betrifft die Klärung des Abstimmungsverhaltens bei Informationsberichten, weil das etwas ist, das in

Ausschüssen immer wieder uns in hartnäckig ignoranter Weise begegnet. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Es bestehen im Umgang mit Informationsberichten in den Gemeinderatsausschüssen immer wieder rechtliche Unsicherheiten. Da das Statut der Stadt Graz, aber auch die Beamtenschaft bislang keine endgültige und abschließende Aufklärung geben konnten, wie das korrekte Abstimmungsverfahren abläuft und wie die mit einem Informationsbericht verbundenen Konsequenzen aussehen, ersuche ich dich, Frau Bürgermeister, eindeutige Regelungen zu treffen und diese allen Dienstnehmern und Mandataren zur Kenntnis zu bringen.

Ich stelle die Anfrage deshalb, weil es auf kurzem Weg trotz mehrerer Anläufe nicht möglich war, eine verbindliche Rechtsauskunft zu erhalten.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, den Themenkomplex „Informationsbericht“ und die damit zusammenhängenden, anschließend dargestellten Fragen einer verbindlichen Klärung zuzuführen. Die Fragen lauten folgendermaßen:

Wozu dient ein Informationsbericht? Ist mit einem Informationsbericht ein Handlungsauftrag verbunden? Wenn ja, darf dieser finanzielle Implikationen haben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), inklusive magistratsinterner Kosten? Wenn ja, bis zu welcher Höhe?

Kann sich eine informierende Stelle über einen Informationsbericht Tätigkeiten positiv sanktionieren lassen, ohne dass dafür ein politischer Beschluss vorliegt?

Wie wird im Ausschuss mit einem Informationsbericht verfahren?

Kann über einen Informationsbericht überhaupt sinnvoll abgestimmt werden? Was bedeutet die Ablehnung eines Informationsberichtes? Ist sie überhaupt sinnvoll möglich? Welche Konsequenzen sind mit einer Ablehnung beziehungsweise Nicht-Anerkennung verbunden? Ich danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, der Tagesordnungspunkt heißt immer noch Anfragen an den Bürgermeister und in seiner Vertretung, in der Vorsitzführung werde ich der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zuführen. Ist die Frau Kollegin Gesek schon da?

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **2) Verstärkung Buslinienintervall beziehungsweise Einsatz überlanger Busgarnituren**

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Meine Anfrage bezieht sich auf Busintervalle in Andritz und dementsprechende Auslastung. Viele Grazerinnen und Grazer, vor allem Schülerinnen und Schüler zur Mittagszeit, müssen natürlich die Buslinien benutzen und gerade in diesen Stoßzeiten von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr sind die Busse maßlos überfüllt.

Ich möchte mit meiner Anfrage natürlich speziell die Buslinien 41 und 53 ansprechen, die Problematik, dass die Bevölkerung dann nicht mehr zusteigen kann und die Busfahrer einige Haltestellen schon auslassen müssen, das kann kein Zustand sein. Ich möchte meine Anfrage abkürzen und direkt zur Anfrage kommen,

ob der Bürgermeister bereit ist, mit den Grazer Verkehrsbetrieben und mit dem Verkehrsverbund Gespräche aufzunehmen, um diese Missstände auszuräumen, und dafür Sorge zu tragen und eine Lösung herbeizuführen.

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir werden die Anfrage, die von Frau Gemeinderätin Gesek hätte eingebracht werden können, jetzt als schriftlich eingebrachter so übernehmen.

### **3) Errichtung einer Hundewiese im Bezirk Eggenberg**

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Im Bezirk Eggenberg bewegen sich täglich zirka 700 Hunde. Für viele Hundebesitzer ist es selbstverständlich, dass ihre Hunde überall die Notdurft verrichten können. Dies geht soweit, dass Grundstücksbesitzer bereits auf ihren Zäunen Verbotsschilder beziehungsweise Tafeln anbringen, wie zum Beispiel Abbildung eines Hundes mit der Aufschrift „Wollen Sie 36,- Euro bezahlen?“.

Im Bezirk Eggenberg gibt es ein ungenutztes Grundstück bei der Nordeinbeziehungsweise Nordausfahrt von der Baiernstraße weg zum Plabutschunnel. Dieses Grundstück ist seit Jahren verwildert und gänzlich unbenutzt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, durch die zuständigen Stellen überprüfen zu lassen, ob das obengenannte Grundstück als Hundewiese geeignet ist beziehungsweise ein anderer Platz gefunden werden kann.

Es würde dadurch der Hundekot im Bezirk Eggenberg wesentlich verringert werden.

#### 4) ÖBB-Gasumladestation am Grazer Ostbahnhof

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Sehr verehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es tut mir an und für sich leid, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, weil die Frage beziehungsweise Anfrage richtet sich an den Herrn Bürgermeister, nämlich in jene Richtung, die Gasumladestation am Grazer Ostbahnhof war ja schon des Öfteren hier Thema im Grazer Gemeinderat und auch im Steiermärkischen Landtag, fraktionsübergreifend, glaube ich, kann ich hier sagen, dass wir alle keine Freude mit einer möglichen Errichtung dieser Gasumladestation im dicht besiedelten Stadtgebiet hätten und nach wie vor nicht haben. Die Beunruhigung in der Bevölkerung ist nach wie vor riesengroß, umso mehr und umso intensiver ist jetzt diese Verunsicherung, da ich erfahren habe, dass in den letzten Tagen die Österreichischen Bundesbahnen um die Betriebsbewilligung für das Betreiben dieser Gasumladestation am Grazer Ostbahnhof angesucht haben und einen entsprechenden Antrag beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingebracht haben.

Herr Bürgermeister Mag. Nagl hat eben in diesen zahlreichen Diskussionen, die wir hier in diesem Haus geführt haben, dieses Thema zu seiner Sache gemacht, zur Chefsache erklärt und uns auch versprochen, und darüber waren wir ja alle sehr froh, wenn der Bürgermeister dieser Stadt sich eines Themas, eines Problems annimmt, und auch hier verspricht und zusagt, mit den Österreichischen Bundesbahnen in Verhandlungen zu treten, um Alternativen, Verbesserungen, einen anderen Standort etc. zu finden. Jetzt, wie gesagt, sind wir insofern etwas verunsichert, dass diese Gespräche, die der Herr Bürgermeister hier damals uns zugesagt hat, anscheinend nicht zu diesem Ergebnis, zu diesem Erfolg geführt haben, den sich tausende Grazerinnen und Grazer, vor allem aus dem Süden unserer Stadt, erwartet haben, geführt haben und in Anbetracht, wie gesagt, der aktuellen Situation und der Befürchtung, dass hier etwas auf uns zukommen könnte, wo ich gar nicht jetzt auf die Gefahrenmomente, und es sitzen ja einige Kolleginnen und Kollegen auch der Grazer Berufsfeuerwehr hier, die ja immer wieder in drastischen Wortmeldungen auch kundgetan haben, was passieren könnte im Falle des Falles, wollte ich an und für sich den Herrn Bürgermeister fragen,

welche Ergebnisse seine Verhandlungen, seine Bemühungen gebracht haben. Ich hoffe und darf halt bitten, dass es relativ rasch wieder zur Aufnahme dieser Problembehandlung kommt, weil ansonsten fährt im wahrsten Sinn des Wortes unter Umständen darüber der Zug (*Applaus SPÖ*).

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 5) Weixelbaumstraße

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Es ist für mich und ich denke, auch für die Göstingerinnen und Göstinger, eine große Enttäuschung, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, dass er nicht da ist, eine Antwort zu geben auf meine Anfrage zur Weixelbaumstraße; bekannt ist das Thema hier im Gemeinderat ohnehin, es ist ein wichtiger Verbindungsweg, der Menschen genommen worden ist, es sind die SchülerInnen, die Eltern, die Geschäftsleute und die BewohnerInnen seither gezwungen, durch die Schließung des Bahnüberganges verkehrsreiche Umwege in Kauf zu nehmen.

Der Status Quo oder ein Shuttlebus, der vorgeschlagen wird, löst nicht das Problem. Als beste Lösung hat sich eine Fuß- und Radwegunterführung herauskristallisiert. Auch für die Finanzierung hier im Gemeinderat hat es viele hoffnungsvolle Zusagen gegeben. Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben auch in der Bürgerversammlung vorigen Jahres gesagt: Die Finanzierung ist kein Problem, beziehungsweise im Protokoll der Jänner-Sitzung im Gemeinderat ist nachzulesen, dass das Projekt in der AOG-Liste Platz gefunden hat und dass von den ÖBB 750.000,- kämen und vom Land 100.000,- Euro.

Die Flächenprobleme, die immer wieder in die Waagschale geworfen wurden, dass man eine Unterführung nicht machen kann, könnten auf Grund der signalisierten

Bereitschaft der Liegenschaftseigentümer, die in der Bürgeranwaltsendung ORF gezeigt oder ausgesprochen wurde, gelöst werden.

Die Planungen, selbst wurde in Gemeinderatssitzungen erklärt, sie seien im Laufen, und dann nachzulesen, ein Baubeginn 2010 ist möglich.

Umso herber war die Enttäuschung der AnrainerInnen, als es urplötzlich hieß, von der Stadt gäbe es keine Finanzmittel, weil kein Geld da sei und das bis 2015, denn bis dahin ist alles verplant.

Und jetzt, im heutigen Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen, erhalten wir ein Finanzstück, und die Zeitung „Österreich“ hat es gestern titulierte: „Grazer Politiker ließen 31 Millionen liegen“; demnach sei das Geld für die Sonderinvestitionen nur zur Hälfte ausgegeben worden, und für eine Umwidmung von 13 Millionen Euro wollen sie heute unsere Zustimmung?

Diese Aussagen sind sehr widersprüchlich und ich wollte die Frage an den Herrn Bürgermeister richten, weil es ja nicht zu erklären und nicht zu verstehen ist. Der Herr Bürgermeister hat auch seine Hilfe groß medial angekündigt. Ich darf es Ihnen zeigen, der Herr Bürgermeister hat angekündigt, den Göstingerinnen und Göstingern seine Hilfe anzubieten und ich möchte heute ganz gerne wissen, wie seine Hilfe denn wirklich und tatsächlich ausschaut? Er hat es zur Chefsache erklärt, er hat gesagt, es wird eine Lösung geben.

Ich möchte heute wissen in dieser

### **A n f r a g e :**

Wie sah beziehungsweise sieht Ihre Hilfe für die GöstingerInnen konkret aus?

Welche Schritte hat der Bürgermeister gesetzt, um die Unterführung zu realisieren?

Woran ist die Errichtung der Unterführung bis jetzt gescheitert?

Wie ist es zu verstehen, dass es einerseits heißt, es wäre für die Unterführung kein Geld da, andererseits aber der Herr Finanzstadtrat über 31 nicht abgeholte Millionen frohlockt, wie kann das sein? (*Applaus SPÖ*).

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Revision Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan**

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Sehr geehrter Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister in Abwesenheit! Ein großes Problem, eine Sache, die mir Sorgen macht. Als eine der wenigen hier im Hause ist mir die Revision des letzten Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes noch in sehr guter Erinnerung, vor allem hinsichtlich des damals damit verbundenen wirklich enormen Zeitaufwandes für alle mit der Vorbereitung der Revision befassten Beamten und Beamtinnen, aber auch der Mandatare und Mandatarinnen im Gemeinderat. Unzählige Stunden, damals auch den ganzen Sommer hinweg, haben wir in der Stadtplanung verbracht, gemeinsam mit dem damals für die Bauämter zuständigen Stadtsenatsmitglied und uns ganz intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt, sämtliche eingelangte Umwidmungsansuchen penibel geprüft, Grundstücksbesichtigungen durchgeführt und auch irrsinnig viel Zeit investiert.

Ich habe schon gesagt, ich mache mir Sorgen, ich mache mir nun Sorgen hinsichtlich der derzeit anstehenden Revision, ist doch gerade eine nur alle zehn Jahre stattfindende große Revision des STEKs und des Flächenwidmungsplanes eines der wichtigsten Projekte und eine der wesentlichsten Aufgaben im Zusammenhang mit der Zukunft unserer Stadt, hinsichtlich der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen.

Wie erwähnt, ich mache mir Sorgen, weil das Thema Revision derzeit scheinbar tot geschwiegen wird beziehungsweise im Vergleich zur letzten Revision am Gemeinderat bisher mehr oder weniger spurlos vorüber geht. Die Einzigen, die derzeit über den Stand der Dinge informiert zu werden scheinen, sind die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppe „Mehr Zeit für Graz“. Das heißt, die einzigen Informationen, die ich als immerhin als Raumordnungssprecherin der sozialdemokratischen Fraktion, über dieses wichtige Thema erhasche, entnehme ich einzig den Protokollen diverser Forumssitzungen.

Herr Bürgermeister Nagl hat vor kurzem die Fragen der Raumplanung und damit wohl auch die Revision des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes zur Chefsache erklärt und sich damit auch bestimmt schon konkrete Gedanken gemacht, wie er persönlich den Ablauf, diesen schwierigen Ablauf organisieren wird, auch hinsichtlich des damit verbundenen Zeitaufwandes.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an den Herrn Bürgermeister die

### **A n f r a g e :**

- 1) Welche Schritte und Maßnahmen er plant, die Gemeinderatsmitglieder, vor allem aber auch die Mitglieder des zuständigen Ausschusses, in die Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungskonzeptes und Flächenwidmungsplanes einzubeziehen?
- 2) Welchen zeitlichen Horizont er für die politischen Diskussionen, die Ausarbeitung, die Auflage und letztlich Endbeschlüsse gesetzt hat?
- 3) Wann er dem zuständigen Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag mit Zeitplan und konkreten Terminen für die notwendigen, teilweise auch mehrmals wöchentlich notwendigen, Besprechungen vorlegen wird?
- 4) Ich hätte ihn gerne gefragt oder frage ihn, ob er glaubt, dass es sein Zeitbudget erlauben wird, wie es in der Vergangenheit üblich und wichtig war, als Ressortverantwortlicher den Prozess der Revision durchgehend zu begleiten? Das heißt, ich frage ihn, ob die Revision „Chefsache“ bleibt oder ob er sich schon jetzt mit dem Gedanken trägt, diverse Dinge zu delegieren und etwaige „Vizechefs“ oder Stellvertreter/Stellvertreterinnen mit der Teilnahme an den Besprechungen zu betrauen?
- 5) Und letztendlich frage ich ihn oder möchte ich oder hätte ich ihn gerne gefragt, wer sein Beratungsgremium in den vielen offenen Fragen und Entscheidungen

sein wird? Ausschließlich „Mehr Zeit für Graz“ oder doch die letztendlich in ihre Funktion gewählten Mandatarinnen und Mandatäre des Gemeinderates?

Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **7) Historische Gewächshäuser im Universitätsbereich**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurzfassung, es geht um die historischen Gewächshäuser im Universitätsbereich. Ein architektonisches Juwel der besonderen Art, vergleichbar in Graz nur noch mit dem Eisernen Haus. Seit Sommer 2008 unter Denkmalschutz, droht es zu verfallen. Es braucht dringend Restaurierung und Revitalisierung, die natürlich nicht ganz billig sein wird, aber im Zusammenwirken von Stadt, Land, Bund, Universität, EU-Geldern und etwaigen Sponsoren müsste es zu machen sein.

Der Herr Bürgermeister wird gebeten, hier in seiner Koordinationsfunktion initiativ zu werden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

***Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 8) Landtagssitzungen im Rathaus

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Auch meine Anfrage richtet sich wenig überraschend an den Herrn Bürgermeister. Ab Herbst 2009 bis in die zweite Jahreshälfte 2010 werden ja bekanntlich die Sitzungen des Landtages Steiermark im Gemeinderatssitzungssaal hier stattfinden. Diese Tagungen finden in der Regel einmal pro Monat statt. Darüber hinaus sind allerdings Sondersitzungen nicht ungewöhnlich.

Wir haben daher Veränderungen der gewohnten Abläufe im Rathaus zu erwarten, das betrifft etwa auch Ausschusssitzungen, die ja in verschiedenen Räumlichkeiten, die da vor- und nebengelagert sind, stattfinden und die auch vom Landtag mitbenutzt werden.

Deshalb richte ich an den Herrn Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Welche Vereinbarungen über die Nutzung des Gemeinderatssitzungssaales und anderer Räumlichkeiten des Rathauses wurden von der Stadt Graz mit dem Land Steiermark getroffen? Wie hoch ist das vereinbarte Entgelt für die Tagungen des Landtages im Rathaus? Danke (*Applaus KPÖ*).

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 9) Platz der Freiwilligen Schützen

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Herr Bürgermeister in Abwesenheit! Meine Anfrage betrifft den Platz der Freiwilligen Schützen. Der „Platz der Freiwilligen Schützen“ beim Bad zur Sonne wurde 2001 erneuert. Auf einer Längsseite wurden Parkplätze in der gebührenpflichtigen Kurzparkzone errichtet, die andere Längsseite grenzt an die Feuerbachgasse, in dieser die Auto fahren. Die platzartige Fläche dazwischen ist als Platz für Menschen gedacht. Dort stehen ein Tisch und ein paar Bänke. Auf diesem Platz können sich die Leute treffen, plaudern und sich ausruhen.

Aber auch Kinder, welche das Bad zur Sonne zum Schwimmunterricht benützen, können sich dort sammeln.

Dieser Platz sollte nicht durch parkende Autos verstellt werden. Deshalb wurden anfangs durch den Platzgestalter am Boden Poller befestigt. Doch der Abstand zwischen den Pollern war so breit, dass man dazwischen locker parken konnte.

Nach und nach wurden die Poller umgefahren, mittlerweile ganz entfernt. Da auf diesem Platz fast täglich Autos parken, manchmal sogar bis zu fünf, das heißt, der Platz ist voll, ist es eine Gefahrenzone für die Kinder, die dort von der Schule nach Hause gehen und für die Kinder, die das Bad benützen, die auf den Treffpunkt hinübergehen, die müssen zwischen den Autos sich durchwurschteln.

Die Polizei und die GPS, welche die Kurzparkzonen kontrolliert, können sich zurzeit nicht einschalten, weil es dafür in diesen Bereich keine klaren Vorgaben gibt, es ist ein illegaler Parkplatz.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die dafür zuständige Abteilung auf dem „Platz der Freiwilligen Schützen“ Maßnahmen setzt, damit klar definiert und gestellt wird,

kann man auf diesem Platz jetzt parken oder nicht. Es müssen bestimmte Richtlinien her. Anbei zwei Fotos, Stadträtin Lisa Rücker. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

StRin. **Kahr** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Nicht dass ich nicht mit deiner Vorsitzführung einverstanden bin, das ist mir überhaupt kein Problem, nur wäre es wirklich wünschenswert bei den Anfragen, dass der Bürgermeister zumindest zu einem Großteil hier anwesend ist. Mir ist klar, dass manchmal passieren kann, dass Termine parallel sind, die auch wahrzunehmen sind, aber mir fällt es einfach auf, schon seit vielen Monaten jetzt, dass das sehr oft der Fall ist und er kann sicherlich nicht auf alle Anfragen antworten, das ist mir klar, aber zum Beispiel die von meinem Kollegen Manfred Eber, die doch von der Organisation her hier im Hause eine baldige Klärung braucht, hätte ich mir eigentlich erwartet, dass er kurz Stellung nehmen kann (*Applaus KPÖ*).

## **10) Sprayer/Erhebung des Schadens im öffentlichen Raum und Gegenstrategie**

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Ich finde das auch bedauerlich, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist. Ich glaube, er hat im Laufe des Tages genug Möglichkeiten, sich zurückzuziehen, aber gerade bei der Anfrage des Bürgermeisters sollte er, so denke ich, doch da sein. Ich finde persönlich, dass es eine gewisse Geringschätzung gegenüber der Arbeit der Mandatäre ist, ich habe das so im Ohr, heute hat er auch schon über Gentlemen usw. gesprochen (*Applaus FPÖ*), also es bleibt mir deswegen nichts

anderes übrig als, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, zu sagen und meine Anfrage dem abwesenden Bürgermeister zu stellen. Es geht bei mir um die Sprayer und auch um die Erhebung des Schadens im öffentlichen Raum und mögliche Gegenstrategien. Es gibt in letzter Zeit zahlreiche Bürgerbeschwerden und auch Medienberichte darüber und auch die eigene Wahrnehmung zeigt mir das, dass es momentan wieder vermehrt illegale Sprayaktionen an Häusern und auch an diversen baulichen Einrichtungen in unserer Stadt gibt. Ich glaube, es ist unbestritten, dass derartige Bildnisse nicht unbedingt mit Kunst zu tun haben. Ich glaube, das sind eher Elaborate eines kriminellen Handelns.

Es sind genauso auch öffentliche Gebäude darunter und ich glaube, die Einzigen, die sich da wirklich drüber freuen, das sind die Fassadenreinigungsfirmen und Unternehmen, die sich, glaube ich, hier vor Aufträgen kaum erwehren können.

Ich glaube, diese Sachbeschädigungen sind ein teures Ärgernis, auch für die öffentliche Hand, für den öffentlichen Besitz und damit wird natürlich auch der Steuerzahler dementsprechend geschädigt und es trägt auch nicht unbedingt zum Erscheinungsbild oder zu einem positiven Erscheinungsbild unserer Stadt bei.

Deshalb stelle ich die

### **A n f r a g e**

an den Herrn Bürgermeister. Sind Sie bereit, die Schäden durch Sprayaktionen im Grazer Stadtgebiet erheben zu lassen?

Sind Sie weiters bereit, in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden wirkungsvolle Maßnahmen zur Abwehr dieser Vandalenakte zu ergreifen? Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.*

## 11) Geschlechterdiskriminierende GVB-Tarife

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich darf mit einem Zitat der ÖVP starten, Finanzminister Pröll in der heurigen Budgetrede: „Auf Grund seines Geschlechts darf niemand in Österreich benachteiligt werden, daher erhöhen wir 2009 die Ausgaben für aktive Frauenpolitik.“ Meine Anfrage betrifft auch die Geschlechterdiskriminierung, allerdings nicht gegenüber von Frauen, sondern gegenüber von Männern. Wie andere Verkehrsbetriebe österreichweit, bieten auch die Grazer Verkehrsbetriebe ermäßigte Seniorenkarten mit unterschiedlichen Altersgrenzen für Mann und Frau an. Männer ab 65 Jahren, Frauen ab 60 Jahren haben die Möglichkeit, in den Genuss von ermäßigten Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten zu kommen. Weiters übernimmt die Stadt Graz für Männer ab 65 Jahren und Frauen ab 60 Jahren mit einem begrenzten Einkommen, auf Antrag, die Kosten für GVB-Netzkarten. Seit 8. Jänner dieses Jahres gibt es ein Gutachten der Gleichbehandlungskommission des Bundeskanzleramtes, das sich mit geschlechterdifferenzierter Preisgestaltung bei Verkehrsbetrieben auseinandersetzt.

Unter anderem wurde die Frage „Stellen unterschiedliche Ermäßigungen für Frauen und Männer in einem bestimmten Alter bei der Inanspruchnahme von Transportmitteln eine unmittelbare oder eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts dar?“, wie folgt beantwortet:

„Der Senat stellt unter der Voraussetzung, dass unterschiedliche Ermäßigungen für Frauen und Männer in einem bestimmten Alter keine „sozialen Vergünstigungen“ sind, fest, dass diese bei der Inanspruchnahme von Transportmitteln eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellen.

Indem Frauen ab einem bestimmten und generell festgelegten früheren Lebensalter als Männer vergünstigte Tarife bei Verkehrsbetrieben in Anspruch nehmen könnten,

würden gemäß § 40b Gleichbehandlungsgesetz Männer ab einem bestimmten Alter eine weniger günstige Behandlung als Frauen in demselben Alter erfahren.“

Weiters stellt der Senat fest, dass unterschiedliche Ermäßigungen für Frauen und Männer in einem bestimmten Alter bei der Inanspruchnahme von Transportmitteln keine positive Maßnahme zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne des § 40e Gleichbehandlungsgesetz sein könnten.

Und jetzt soll auch die ÖVP bitte zuhören, es ist ein Thema, mit dem nicht nur ich mich in Graz beschäftige, in Wien gibt es die ÖVP, die sich mit diesem Thema befasst, das sagt der Standard vom 21. April, ich zitiere: „Auch Ingrid Koroschetz, Volksanwältin a.D. und VP-Gemeinderätin, beschäftigt sich schon länger mit einem Fall von Männerdiskriminierung. Ein Antrag der Volkspartei auf Vereinheitlichung im Wiener Landtag wurde aber im März abgelehnt, nun strebt Koroschetz einen Musterprozess an und hofft, das Problem auf diese Weise lösen zu können.

Und in diesem Zusammenhang wollte ich den Herrn Bürgermeister, jetzt ist er auch schon da, die Frage stellen:

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage, ob wir in Graz es auch auf einen Musterprozess ankommen lassen sollen oder hat die Stadt Graz hier schon vorzeitig agiert?

Ich stelle an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

- 1.) Ist Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG dieses Gutachten der Gleichbehandlungskommission bekannt?
- 2.) Werden Sie zusammen mit der Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Graz dafür Sorge tragen, dass die Diskriminierung von Männern bei der Tarifgestaltung der Grazer Verkehrsbetriebe aufgehoben wird? (*Applaus FPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte noch auf eine Anfrage eingehen, die ich aus dem Stegreif beantworten kann. Das Land Steiermark wird ja ab heurigem Jahr, also fast für eineinhalb Jahre, auch das Rathaus mitbenutzen. Selbstverständlich habe ich den Herrn Magistratsdirektor und den Herrn Landesamtsdirektor gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie das parallele Nutzen der Räumlichkeiten möglich ist. Auch von den Wochen her wird es sich oft überschneiden, dass also in derselben Woche sowohl Landtagssitzung als auch Gemeinderatssitzung hier stattfindend werden. Wir wissen, dass die Landtagssitzungen, also diese Räumlichkeit wird immer gebraucht werden, wir haben also gesagt, bis zum Stadtsenatssitzungssaal, diese Räumlichkeiten werden zur Verfügung gestellt, sämtliche Ausschusssitzungen sollten weiterhin drüben im Landhaus stattfinden und wir haben selbstverständlich auch angeboten, dass diese Räumlichkeiten kostenlos für den Landtag, unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Land, zu benutzen sind, es sei denn, dass zusätzliche Personalkosten entstehen, aber ich glaube, dass wir unserem Land Steiermark diese Möglichkeiten bieten sollen. Da gibt es ein Projekt, an dem arbeitet der Herr Magistratsdirektor mit dem Landesamtsdirektor, und wir werden auch bis zum Oktober nächsten Jahres, solange wird der Umbau dauern, bis 2010, werden wir vor allem diese Räumlichkeiten Stadtsenatssitzungssaal, Baumkircherzimmer bis hier herein in den Gemeinderatssaal zu Verfügung stellen.

***Zwischenruf GR. Herper: Wann wird das beginnen?***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube ab September, im September werden die Landtage hier im Rathaus stattfinden.

**12) Verschmutzung und Geruchsbelästigung durch Verzehr von Speisen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Graz**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen! Ich weiß nicht, wo jetzt die Postkarte, auf welcher Reise sie unterwegs ist, aber die lieben Grüße und die besten Wünsche und ein Grazer Glück auf an den Bürgermeister brauchen wir jetzt nicht mehr absenden. Betreff, Verschmutzung und Geruchsbelästigung im öffentlichen Verkehr. Wir haben vorher öffentliches Verkehrsthema gehabt, jetzt haben wir wieder eines. Wer die Grazer Verkehrsmittel benützt, Busse und Trams, der wird feststellen, dass die Verschmutzung immer mehr zunimmt, nicht nur was am Boden herumliegt am späteren Nachmittag, sondern dass die Sitze und Bänke immer verschmierter werden, dass Geruchsbelästigungen auftreten. Wir hören ja, dass auch die GVB Gott sei Dank stärker benützt werden und dadurch natürlich auch eine stärkere Belastung auftritt, weil immer mehr die Unart, die Unsitte eingebrochen ist, dass man nicht nur sein Eis, obwohl es auch verboten ist in den öffentlichen Verkehrsmitteln, schleckt, sondern jetzt schon ganze Menüs fast mit Kebabs und Pizzas verzehrt und das sicher eine Unart ist, die abgestellt werden müsste. Noch dazu trägt das für ein sehr schlechtes Bild für unsere Visitenkarte der Stadt Graz als Tourismusstadt, als Kulturstadt bei.

Meine

### **A n f r a g e**

an Sie, Herr Bürgermeister, der ja auch Vorstandsvorsitzender der Graz AG ist, zu dem 100 % die GVB gehört, Herr Bürgermeister, hören Sie mir zu. Welche statistischen Daten aus dem Jahre 2008 und dem laufenden Jahr 2009 liegen der Stadt Graz beziehungsweise den Grazer Verkehrsbetrieben liegen über Beschwerden von Fahrgästen hinsichtlich der Verschmutzung und Geruchsbelästigung vor, insbesondere in Zusammenhang mit dem Essverhalten in den Grazer Bussen und Straßenbahnen und welche Maßnahmen wurden daraufhin gesetzt? Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus FPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### 13) Sexistisches Werbematerial im Rathaus

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtsenatsbank! Herr Bürgermeister, erlauben Sie mir zuvor eine kurze kleine Klarstellung, weil Sie haben vorher hier als Bürgermeister Urteile gefällt über Ihnen anscheinend nicht sehr genehme Gemeinderäte, wo Sie über das sogenannte Gentlementlike-Verhalten gesprochen haben und philosophiert haben über manche Gemeinderäte. Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass auch wahrscheinlich Ihre ehemalige Stadträtin Fluch ihre charmante Auslegung von gentlemenlikem Benehmen vielleicht auch ganz anders interpretieren und auslegen könnte, als Sie das bei uns tun (*Applaus FPÖ*).

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Ich verstehe das jetzt nicht.*

GR. **Schröck**: Ich werde es dir später noch erklären, Kurt, mir ist schon klar, dass das oft nicht beim ersten Mal verständlich ist für dich (*Applaus FPÖ*). Ich darf nun zu meiner Anfrage kommen, zu meiner Anfrage...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich ersuche, dass wir gerade, was wir heute eingangs auch diskutiert haben, drüber nachzudenken, ob es wirklich Sinn macht, Kolleginnen und Kollegen mit Worten zu verletzen. Ich mahne das wirklich bitte ein, es ist, glaube ich, niemand, der hier herinnen sitzt, begriffsstützig, ich ersuche wirklich drüber nachzudenken, wie wir miteinander umgehen. Erstens macht die Arbeit dann auch ein bisschen mehr Spaß und zweitens geben wir auch mit unseren Worten ein Bild in der Öffentlichkeit ab, das wir wirklich nicht brauchen zurzeit. Ich bitte wirklich darum.

GR. **Schröck**: Ich sehe das ein, ich habe auch nur dem Kollegen Hohensinner angeboten, ihm das noch einmal genauer zu erklären. Aber ich komme nun zu meiner ersten Anfrage. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der jüngeren Vergangenheit durften wir verschiedenen Medien entnehmen, dass Stadträtin Edlinger zusammen mit der Frauenbeauftragten Jansenberger gegen frauenfeindliche, sexistische oder diskriminierende Werbung im öffentlichen Raum vorgehen möchte. Und auch Kollegin Potzinger hat schon vermehrt und vehement gegen Bordellwerbung sich stark gemacht und ohne jetzt weiter über die Sinnhaftigkeit oder Unsinnhaftigkeit dieser Unternehmung weiter eingehen zu wollen, wurde ich andernorts dann doch auf eine recht unpassende Parallele zu diesem Thema aufmerksam gemacht.

Zu Beginn diesen Monats wurde in den Gangräumlichkeiten des Grazer Rathauses, vor den Büros des Stadtrates Mag. Mario Eustacchio und der mittlerweile zurückgetretenen Stadträtin Mag. Eva Maria Fluch, eine Fotoausstellung zum Thema „Schmankerln“ eröffnet. Bei dieser Veranstaltung war auch der Kollege Dipl.-Ing. Topf in Vertretung zugegen und auch minderjährige Besucher waren hier bei dieser Veranstaltung zugegen. Und auf diesen Tischen lagen diverse Broschüren zur freien Entnahme bereit. Neben diversen Werbematerialien fand man auch zahlreich jene Karten, deren Inhalt nun Gegenstand meiner Anfrage wird.

Unter dem Titel „Generation youporn“ wird für eine Vernissage am 17.04.2009 geworben. Und das dazu gehörende Bild ist wohl eindeutig pornographischen Charakters.

Ohne in diesem Zusammenhang über die Freiheit der Kunst sprechen zu wollen oder eine Debatte über die Freiheit der Kunst lostreten zu wollen, erscheint es doch zumindest hinterfragenswert, wenn in einem öffentlichen Gebäude der Stadt, in dem öffentlichen Gebäude, nämlich dem Rathaus der Stadt, derartige Elaborate völlig unkommentiert zur freien Entnahme aufliegen.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgende

### **A n f r a g e :**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

1. War Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Karte im Vorfeld ihrer Auflage im Rathaus bekannt?
2. Welche Auflagen gibt es hinsichtlich des Inhaltes von Druckschriften, die im Rathaus verteilt werden dürfen?
3. Sind Sie bereit, Maßnahmen zu setzen, um die Verteilung derartiger Materialien im Rathaus in Zukunft zu unterbinden?

**Bgm. Mag. Nagl:** Danke vielmals für die Anfrage, ich wurde erstmals in der letzten Stadtsenatssitzung vom Kollegen Eustacchio auf diese Bilder aufmerksam gemacht; von wem und in welcher Form sie im Rathaus aufgelegt und verteilt wurden, weiß ich auch nicht. Ich sage ganz klar dazu, wir werden selbstverständlich auch wieder darüber diskutieren, wie wir bestmöglich unterbinden können, dass solches Bildmaterial öffentlich im Grazer Rathaus aufliegt. Ich bin ganz deiner Meinung.

#### **14) Wohnsituation der Stadträtin Mag. (FH) Sonja Grabner**

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck:** Einem Zeitungsbericht der Kleinen Zeitung von 22.04.2009 zufolge war die Neo-Stadträtin Mag. Sonja Grabner bis 17.04.2009 in Bruck an der Mur gemeldet und hatte dort auch ihren Lebensmittelpunkt.

Weiters war dem Bericht zu entnehmen, dass in Folge rasch eine Wohnung für Ihre Wunschkandidatin als Nachfolgerin von Mag. Eva-Maria Fluch gesucht und Dank Ihres persönlichen Einsatzes auch umgehend gefunden wurde.

Herr Bürgermeister, im Hinblick auf den erzwungenen Rücktritt des Stadtrates Miedl auf Grund eines angeblichen Meldevergehens und der in diesem Zusammenhang von Ihnen eingeforderten Ehrlichkeit der Bekanntgabe des Lebensmittelpunktes

scheint die jetzige Nominierung einer Stadträtin, die bis vor kurzem im sechzig Kilometer entfernten Bruck an der Mur wohnte, zumindest hinterfragenswert.

Die heute angelobte Stadträtin Grabner war nämlich zum Zeitpunkt der Gemeinderatswahl 2008, deren Ergebnis ausschlaggebend für die aktuelle Mandatsverteilung nicht dem Gemeinderat, sondern eben auch auf der Stadtsenatsbank war, noch keine "echte", geschweige denn gemeldete Grazerin.

Und erlauben Sie mir dann zu sagen, dass es dann doch auffällt, dass Sie Ihre eigenen Grundsätze, die Sie im Zusammenhang mit anderen Personen doch recht emotionslos durchsetzen, durchaus flexibel interpretieren, wenn es darum geht, Personenkreise zu unterstützen, die Ihnen angenehmer sind.

Sie haben sich, dem gleichen Zeitungsartikel zufolge, auch vehement dafür eingesetzt, dass Ihre Kandidatin unbürokratisch und rasch über die Wohnbaugenossenschaft ÖWGes wohnversorgt wurde, damit sie dann auch ganz offiziell Grazerin werden konnte.

Ich denke, dass dieses Vorgehen nicht nur in Ihren eigenen Reihen auf massives Unverständnis stößt, es stößt auch viele Grazerinnen und Grazer vor den Kopf, die sich schon seit langem auf Wohnungssuche befinden, aber ohne prominenten und auch mächtigen Fürsprecher wohl nicht die Möglichkeit haben, binnen weniger Tage zu einer Wohnung zu kommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen folgende

### **A n f r a g e**

stellen:

1. Können Sie in Ihrer aktuellen Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem Meldestatus der Stadträtin Sonja Grabner und Ihrer seinerzeitigen Argumentationslinie im Zusammenhang mit dem Meldestatus des ehemaligen Stadtrates Miedl zumindest eine flexible Auslegung Ihrer eigenen Grundsätze erkennen?
2. Haben Sie um die Wohnungssuche der Stadträtin Grabner zu beschleunigen, persönlich interveniert?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich überlege nur die ganze Zeit, ob ich jetzt schon wieder auf diese Provinzposse überhaupt eingehen soll. Die Grazerinnen und Grazer haben andere Sorgen als das, was hier manche als ein Polittheater aufführen. Wenn jemand den Unterschied gerne wissen möchte, werde ich ihn noch einmal erklären. Stadtrat Werner Miedl hat seinen Rücktritt bekanntgegeben und zwar aus dem Grund und aus der Diskussion heraus, dass er angegeben hat, in einer Grazer Wohnung zu wohnen, obwohl er außerhalb der Stadt Graz täglich gelebt hat. Die Diskussion darum ist mir mittlerweile zu dumm geworden, ich habe damals schon deutlich gesagt, wenn jemand etwas gegenüber der Öffentlichkeit als amtierender Politiker sagt, dann muss er es auch leben, das wurde hier nicht getan, er hat die Konsequenzen gezogen, und ich verwehre mich gegen diese ganzen Unterstellungen und eigenartigen Debatten, die es da gibt. Frau Stadträtin Mag. Grabner hat überhaupt kein Problem, sich mit einer Wohnung zu versorgen, sie ist seit Monaten gemeldet, sie ist in keiner Gemeindewohnung, in keiner unterstützten Wohnung, ich weiß nicht, was das für Debatten sind, sie ist auf 30 m<sup>2</sup>, sie ladet vielleicht auch dich dann gerne ein, damit du sie einmal besichtigen kannst. Aber ich möchte, dass diese Debatte beendet wird. Der Unterschied ist ganz einfach erklärt, die Frau Grabner ist seit Freitag wiederum in Graz gemeldet, sie war schon über fast zwei Jahrzehnte in dieser Stadt, sie ist es jetzt wieder, damit will ich die Debatte für beendet erklären, weil das interessiert auch da draußen, das sage ich sowohl in Richtung Politik als auch in Richtung der Medien, keine Grazerin und keinen Grazer (*Applaus ÖVP*). Sie ist vorgemerkt, sie sucht noch eine andere Wohnung, der Bub wird, seit vorigem Jahr zugesagt schon, oder angesucht wurde voriges Jahr, seit einigen Monaten ist es fix, dass der in die HIB-Liebenau kommt, der wird dort ins Gymnasium gehen, damit wird sie dort auch noch einmal den Wohnort wechseln, weil sie in die Nähe der Schule möchte und weil man auf Dauer auf knapp 30 m<sup>2</sup> wahrscheinlich schwer zu zweit leben kann. Alles Dinge, damit es nur einmal gesagt ist, damit die Gerüchteküchen aufhören, die da manche verbreiten und es ist irgendwie ein Niveau, das wir da im Gemeinderatssaal auch nicht mehr brauchen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Ich möchte auf keinen Fall lästig erscheinen, aber möchte Sie dann doch bitten, die zweite Frage zu beantworten, auch wenn sie für Sie irrelevant und unnötig erscheint. Haben Sie, um die Wohnungssuche der Stadträtin Grabner zu beschleunigen, persönlich interveniert?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich brauche nicht intervenieren, weil die ÖWGS die Frau Stadträtin Grabner seit Monaten in Vormerkung hat, die gefragt hat, ob es dort eine Wohnung gibt und sie hat sie auch sofort bekommen, weil sie interimistisch frei ist, sie wird, wie gesagt, eines Tages dann wahrscheinlich auch wieder ausziehen.

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Seit Monaten, weil es klar war, dass sie nach Graz zieht, weil der Bub da in die Schule kommt, ist das so schwer zu verstehen, und das sind private Angelegenheiten, deswegen würde ich sagen, wir kommen zur nächsten Anfrage.

## **15) Bürgermeister Interview im aktuellen Weekend Magazin**

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Beim Hergehen, Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat gesagt, die nächste Anfrage auch niveaulos. Herr Stadtrat, Herr Bürgermeister, das ist keine Frage von Niveau, das ist eine Frage von Prinzipien und das ist eine Frage von moralischen Grundsätzen. Man kann nicht Grundsätze vor einem Jahr bei einem so auslegen und seine Prinzipien dann wie

einen Gartenschlauch innerhalb von 365 Tagen ändern, aber jetzt zur Anfrage. Jetzt zur Anfrage und das ist übrigens auch noch das Recht der Gemeinderäte, hier Anfragen zu stellen, wie wohl ich der Meinung bin, dass es wirklich wichtigere Probleme der Stadt gibt, aber selbst das löst diese Stadtregierung ja ohnedies nicht. Es gibt im Weekend Magazin ein aktuelles Interview, ich habe kurz daraus zitiert, Weekend fragt Bürgermeister Nagl: „Wie geht es.“ Siegfried Nagl: „Gut. Ich habe zwei Tage bei mir zu Hause in Preding Bäume geschnitten, gefällt und aufgearbeitet“. Ich habe ziemliche Spatzen, aber irgendwie fühle ich mich trotzdem gut. Ja das war heftig, also jetzt weiß ich, was Holzknechte und Bauern so leisten, ich muss ja nur mehr Händeschütteln und unterschreiben, da spürt man die Holzarbeit dann schon.“ Ich frage jetzt nicht, ob er sein Bürgermeistergehalt mit Händeschütteln und Unterschreiben gerechtfertigt ist. Die moralischen Grundsätze hat Bürgermeister Nagl für diese Stadt anhand auch der Diskussion um Werner Miedl klar festgelegt. Er hat es ja auch anhand der Diskussion des Gemeinderates Gerald Grosz festgelegt, das wurde ja von der SPÖ, von Klubobmann Herper, aber auch von Bürgermeister Nagl, eine Wohnsitzfeststellung des Gerald Grosz, geboren am 15. 2. 1977, gefordert, ich habe dann auch alle eingeladen, falls Sie sich noch erinnern, im Zuge dieser Diskussion, habe dann auch zu Begehungen meines Kleiderschranks und zu Tee und Kuchen eingeladen, auch medial, das ist ja aktenkundig, auch bei mir wollte man auch anhand dieser Grundsätze prüfen und daher frage ich Sie jetzt auch und habe daher auch kein Problem, wer selbst im Schlachthaus sitzt, sollte nicht mit ohnedies werfen, bitte auch in dieser Frage die gleichen Grundsätze immer walten zu lassen, nicht haltet den Dieb. Wie darf daher Ihre Aussage zu Hause in Preding, stammt ja nicht von mir, getätigt im Weekend Magazin, Ausgabe Nummer 8 im April 2009 im Hinblick auf die geltenden Gesetze des Meldegesetzes und die damit in Verbindung stehenden Bestimmungen der Gemeinderatsordnung im Hinblick auf den Lebensmittelpunkt interpretiert werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist ganz einfach zu beantworten. Wenn das noch jemanden wirklich interessieren sollte, dir zuliebe tue ich das gerne. Zu Hause bin ich immer dort, wo sich gerade meine Familie aufhält (*Applaus ÖVP*), Punkt eins. Meinen Wohnort ohne Garten, ohne ledige Kinder seit 46 Jahren, nicht seit 45 Jahren, habe

ich in Graz und sonst nirgends und da arbeite ich, so gut es geht, und jetzt noch einmal ganz was Wichtiges, weil dir das auch ein Anliegen war, ob sich mein Bürgermeisterdasein auch mit dem Gehalt nur durch Händeschütteln und durch Unterschreiben rechtfertigt, es gibt mehrere Möglichkeiten zu arbeiten. Ein Bürgermeister arbeitet unter anderem auch geistig und er arbeitet körperlich. Wir hatten eine kleine Diskussion, wie denn „Spatzen“ zustande kommen, und als Bürgermeister muss ich sehr viel sitzen und das ist der Gesundheit nicht unbedingt zuträglich unser Beruf und man muss schauen, dass man auch zwischendurch noch laufen geht, aber körperlich wirst du in erster Linie gefordert, indem du noch Hände schüttelst, in dem du unterschreibst, sonst verhandelst du und arbeitest du Tag und Nacht, vielleicht ist diese Unterscheidung auch ganz wichtig. Ich behaupte ja, dass man nicht nur körperlich und geistig arbeitet, sondern auch mit dem Herzen, auch das tue ich für Graz und ich hoffe, dass damit die Anfrage beantwortet ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Ist sie grundsätzlich, Herr Bürgermeister, wie wohl ich nenne die Definition „Familie, dort wo zu Hause ist“, abgesehen davon, dass das nicht so im Meldegesetz drinnen steht, aber ich akzeptiere es. Also wenn Ihre Familie in Preding sich mehr zu Hause fühlt als in Graz empfehle ich Ihnen doch die Kandidatur als Kürbisbürgermeister von Preding, da haben Sie vielleicht mehr Erfolg.

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Das ist der Gemeinderat, nicht die Kasperlbühne.*